

# Einführung

**Susanne Elsen**

**Walter Lorenz**

Der Begriff Soziale Innovation findet derzeit geradezu inflationäre Verwendung. Die kumulierenden Problemkonstellationen infolge des Klimawandels, der Wachstumswende, der veränderten Demographie, der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und der Erfordernisse der Nachhaltigkeit, werfen die Frage nach neuartigen Ansätzen der Lösung für bisher unbekanntes Problemkumulationen auf. Es sickert langsam auch in den gesellschaftlichen Mainstream, dass nichts unmöglicher ist als ein *weiter-so*. Als Soziale Innovationen werden Erneuerungsprozesse im sozialkulturellen, politischen, technischen und ökonomischen Bereich bezeichnet. Der österreichische Ökonomen Joseph Schumpeter (1883–1950) verstand sie als schöpferische Zerstörung und Basis ständiger gesellschaftlicher Evolution. Es geht um die Herausbildung, Durchsetzung und Verbreitung von neuen Praktiken und Sichtweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Soziale Innovationen finden vor allem da Verbreitung, wo gängige Praktiken als unzureichend oder unzeitgemäß wahrgenommen, wo Bedürfnisse nicht befriedigt, oder wo neue Lösungen für komplexe Problemlagen zur Frage der Zukunftsfähigkeit werden. Akteure, die oft gegen den Widerstand etablierter Systeme soziale Innovationen realisieren, bezeichnete Schumpeter als *Entrepreneure*, als initiative und querdenkende Menschen, die eine Vorstellung von zukunftsfähigen Lösungen haben und diese erfolgreich gemeinsam mit anderen umsetzen und verbreiten. Ein wesentlicher Aspekt sozialer Innovationen besteht also in der Tatsache, dass sie als Verbesserungen gegenüber dem Bisherigen verstanden werden. Sie können auf der gesellschaftlichen Mikroebene (z.B. veränderte Familienformen), der Mesoebene (z.B. neue institutionelle Arrangements) oder der Makroebene

(z.B. bedingungslose Grundsicherung) angesiedelt sein und beziehen sich auf Strukturen (z.B. flachere Hierarchien), Prozesse (z.B. partizipative Planung) und Akteure (z.B. Querdenker) die Innovationen anstoßen und realisieren.

Das Neue im Zeitalter der Wachstumswende besteht in Ideen, institutionellen Arrangements und Technologien, die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, auf Klimawandel, das Ende der fossilen Energie, wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, technologie-induzierte Risiken oder die Erfordernisse der veränderten demographischen Lage, geben. Diese Herausforderungen sind hoch komplex und die Antworten müssen die Effekte in diesen Zusammenhängen berücksichtigen. Dies erläutert die Bedeutung von lokalen Ansätzen, die ein integratives Agieren in Zusammenhängen verschiedener Sektoren ermöglichen. Die Bewältigung der Herausforderungen der Wachstumswende und die Gestaltung zukunftsfähiger Lösungen braucht die schöpferischen Potentiale möglichst vieler Menschen und ein Methodenrepertoire, welches geeignet ist, Prozesse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transformation zu initiieren und zu begleiten. Dies ist die Aufgabe Professioneller, die im Bereich der sozialen Problemlösung und Entwicklung tätig sind. Aktivierende und partizipative Ansätze der Forschung für Entwicklung sind wirksame Strategien der kooperativen Wissensproduktion zur Erarbeitung und Umsetzung von Lösungen unter Beteiligung der Betroffenen wie sie in diesem Band vorgestellt werden.

Soziale Innovationen bewirken die Demokratisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und setzen sie gleichzeitig voraus. Demokratie ist keine rein normative Prämisse, sondern Handlungs- und Organisationsprinzip für alle gesellschaftlichen Bereiche. Sie ist eine Organisationsform von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf die umfassende Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder zielt. Eine demokratische Gesellschaft muss sich primär darum bemühen, Voraussetzungen dafür zu gewährleisten, nämlich die politische Kompensation sozialer Ungleichheit, die eine reale Teilhabe benachteiligter Menschen verhindert. Im Gegensatz zu verbreiteten Demo-

kratietheorien und liberalen Modellen der *Bürgergesellschaft* sind in *pluralen* Gesellschaften eben nicht alle Interessen politisch gleichermaßen organisiert und artikuliert. Es bedarf der Förderung der Organisations- und Artikulationsfähigkeit Benachteiligter und eines distributiven sozialpolitischen Ausgleichs, um annähernd symmetrische Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

Wesentlich für soziale Innovationen ist die Partizipation von Gruppen, die Interessen und Sichtweisen einbringen, die bisher nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Neue Akteurinnen und Akteure bringen nicht nur neue Sichtweisen in Prozesse und Strukturen ein und erneuern so etablierte Systeme, sondern sie entwickeln auch neue institutionelle Arrangements und bewirken Schritte des sozialen Wandels im Sinne einer neuen Balance von gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie der Veränderung von Paradigmen. Die verbreitete Einschätzung, dass im 21. Jahrhundert eine neue Balance zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft und neue institutionelle Arrangements möglich und erforderlich sind, in denen die politisch-kulturelle Wirkung der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern wirksam wird, teilen wir. Diese Ansätze sind jedoch nicht als Alternativen zu sozialen Ansprüchen, sondern als deren Erweiterung zu betrachten.

Soziale Innovationen sind weder aus der Logik des ökonomischen Systems – der Sorge um die Verwertungsbedingungen des Kapitals und der Ausweitung des Akkumulationsprozesses – noch aus den administrativ-rechtlichen Sichtweisen des politisch-administrativen Systems alleine zu erwarten. Es bedarf vielmehr lebensnaher Lösungen und Akteure sowie der Eindämmung der Logik und der Praktiken der beiden Systeme durch basisnahe Ansätze, deren Rationalitätskriterien sich am wenigsten von den Lebensinteressen entfernt haben. Es geht um institutionelle Arrangements in denen zivilgesellschaftliche Kräfte zur Wirkung kommen wie sie in diesem Buch diskutiert werden, um Formen bürgerschaftlicher Selbstorganisation und um die demokratische Öffnung der Systeme Staat und Markt für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

Die Europäische Kommission spricht im Kontext ihres Leitprogramms Europa 2020 von sozialer Innovation als Entwicklung neuer Ideen, Dienste und Modelle zur besseren Bewältigung gesellschaftlicher Probleme. Sowohl öffentliche als auch private Akteure und die Zivilgesellschaft sollten dazu beitragen. In sozialpolitischen Experimenten solle die Tauglichkeit innovativer Strategien geprüft werden. Die Experimente sollten Antworten auf gesellschaftliche Erfordernisse liefern, im Kleinen ausprobieren, welche Wirkungen zu erwarten seien und gute Ansätze sollten ausgeweitet werden, wenn die Ergebnisse überzeugend seien. Im Kontext politischer Programme scheint dabei nicht selten mit sozialer Innovation die Absicht des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen, ihres marktförmigen Umbaus sowie der weiteren Ausdünnung öffentlicher Dienste der Daseinsvorsorge und damit einer Reduzierung der Bürgerrechte bemäntelt zu werden. Die verteilungspolitische Funktion zugunsten des Ausgleichs sozialer Ungleichheit, der Anspruch der Schaffung annähernd gleicher Lebensverhältnisse und der Gewährleistung der Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe der Bürgerinnen und Bürgern werden damit zur Disposition gestellt. Wachsende öffentliche und private Armut und Arbeitslosigkeit in Europa bieten jedoch das denkbar ungünstigste Klima für soziale Innovationen. Sie erzeugen bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Angst und Rückzug und bei den von wachsender öffentlicher Armut betroffenen Körperschaften nicht selten Entscheidungen gegen die Bürgerinteressen. Soziale Sicherung war eine der wertvollsten sozialen Innovationen des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie gewährleistete die gesellschaftliche Teilhabe des überwiegenden Teils der Bevölkerung, welcher den Modernisierungsrisiken schutzlos ausgesetzt war.

Soziale Innovationen erfordern Möglichkeiten der Verbesserung sozialer Praktiken, deren Erkennen und die Handlungsmacht sie zu realisieren. Dies verweist auf die Tatsache, dass die Zäsuren sozialer Ungleichheit gerade dort wirksam werden, wo Benachteiligte ihre Ansprüche der Verbesserung sozialer Praktiken nicht geltend machen können. Wenn wir von Partizipation sprechen, dann geht es dabei nicht um Akzeptanzsicherung für bereits vorher getroffene Entscheidungen bzw. für Prozesse die aufgrund der Machtverhältnisse der Situation nicht wirklich ergebnis- und prozessoffen

sind, wie beispielsweise in Kontexten der Forschung und Entwicklung, der Politik oder Sozialarbeit, in denen die Positions- und Definitionsmacht von *Experten* immer wirkt. Beispiele in diesem Band setzen sich mit der Gewährleistung von Partizipation benachteiligter Menschen in Forschung, Wirtschaft, Sozialpolitik und Sozialarbeit, nicht nur im Sinne der Mitsprache bei der Definition von Abläufen, sondern auch beim Agendasetting auseinander.

Was als Soziale Innovationen in politischen Programmen definiert wird, ist in der Zivilgesellschaft längst sichtbar – meist in konfliktbasierten und defensiven Formen. In großen Teilen der Bevölkerung nimmt die Bereitschaft ab, politische Entscheidungen fraglos hin zu nehmen. Die wachsenden Partizipationsansprüche zeigen sich jedoch nicht in höherer Wahlbeteiligung, sondern in politischen, kulturellen oder sozialen Aktionen und sozialökonomischer Selbsthilfe. Lange galten gesellschaftliche Institutionen unhinterfragt als Instanzen gesellschaftlicher Problemlösung – Politik, Administration, Wissenschaft und Wirtschaft. Sie werden heute von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Problemversucher erkannt, zumindest aber sind es keine Autoritäten mehr, die unhinterfragt mit öffentlichen Mitteln und im öffentlichen Auftrag tun können, was sie wollen – und das ist gut so. Nicht nur politische und ökonomische, sondern zunehmend auch wissenschaftliche Institutionen sehen sich mit der legitimen Forderung der Steuerzahlenden nach Transparenz und demokratischer Kontrolle konfrontiert. Wir präsentieren in diesem Band neue Ansätze einer demokratischen Forschungskultur, die insbesondere im Bereich komplexer Ausgangsbedingungen sozialer Innovationen Verbreitung finden.

Diese wachsenden Partizipationsansprüche dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine wachsende Bevölkerungsgruppe keine Möglichkeiten sieht, Einfluss auf ihre Lebensbedingungen zu nehmen, die sich rasant verschlechtern. Soziale Sicherung heute ist ein zentrales Element der Gestaltung der Wachstumswende die mit neuen sozialen Unsicherheiten einhergeht. Sozialer Ausgleich – global und lokal – reduziert soziale, gesundheitliche und ökologische Kosten, verhindert soziale Konflikte und ist

Voraussetzung für die erforderliche gesellschaftliche Resilienz. Angesichts der wachsenden privaten und öffentlichen Armut stellt sich die Frage des Rechts auf soziale Teilhabe verbunden mit den nötigen Voraussetzungen neu. Wenn Ressourcen knapper werden, wird ihre erhaltende Nutzung und ihre gerechte Verteilung zu einer zentralen sozial-, umwelt- aber auch wirtschaftspolitischen Fragestellung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Wenn wir heute von sozialen Innovationen sprechen, so handelt es sich vielfach um Gegenentwürfe zu sozialen Innovationen der industriellen Moderne, die im Glauben an technische Machbarkeit und grenzenloses Wachstum realisiert wurden, so z.B. Atomenergie, unkontrollierbare Großeinheiten oder beitragsfinanzierte Sozialversicherungssysteme. Das zugrunde liegende Entwicklungsmodell ist abhängig von ständigem Wirtschaftswachstum, was sich in einer Welt begrenzter Ressourcen und Aufnahmemöglichkeiten als unmöglich erweist. Nicht nur die notwendigen Ressourcen werden knapp, sondern die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre sind bereits überschritten. Fest steht, dass nahezu alle Säulen der industriellen Moderne, insbesondere Wirtschaftswachstum als Versprechen des stetig wachsenden Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und gesellschaftlichen Entwicklung, massiv ins Wanken geraten oder bereits eingebrochen sind. Die Weiterentwicklung der Menschenrechtsarbeit muss die aktuellen ökosozialen Problemlagen integrieren. Dabei ist davon auszugehen, dass die Ressourcenknappheit und die existenziellen Abhängigkeiten der wachsenden Weltbevölkerung die Begehrlichkeiten der globalen Märkte und der Finanzwirtschaft weiter schüren und ihre Praxis der globalen Enteignung von Menschen und Gemeinwesen verschärfen werden.

Eine Schlüsselfunktion im Transformationsprozess der Wachstumswende kommt der Gestaltung von Wirtschaft und Arbeitswelt im lokal-regionalen Kontext zu. Die wachsende Kritik an der Externalisierung sozialer und ökologischer Effekte im globalisierten Wirtschaftssystem erklärt das sprunghafte Ansteigen lokaler ökosozialer Ökonomien und das wachsende Interesse an alternativen Wirtschaftskonzepten, die den sozialen und

ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen. Das Sichtbarwerden einer Vielfalt sozialökonomischer Tätigkeiten jenseits marktvermittelter Erwerbsarbeit seit Beginn des neuen Jahrtausends ist nach Einschätzung zahlreicher Beobachter der Kern des ökosozialen Transformationsprozesses *von unten*. Demonstriert werden nicht nur Nutzungsansprüche sondern auch Botschaften gegen vielfältige Abhängigkeiten. Nicht selten handelt es sich aber um Selbsthilfe aus purer Not heraus, was Studien auch in europäischen Städten belegen. Soziale Innovationen im Sinne integrierter Handlungsansätze der Gemeinwesenökonomie werden im zweiten Teil dieses Bandes vorgestellt und diskutiert.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes diskutieren Grundlagen und Ansätze der sozialen Entwicklung und der Partizipation die Prozesse der Demokratisierung in Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft bewirken und in deren Zentrum die Förderung der Teilhabe Benachteiligter Menschen steht. Der erste Abschnitt behandelt den Themenkomplex *Political Democracy is Necessary But Not Sufficient*. Er wird angeführt von einem programmatischen Beitrag von Silvia Staub-Bernasconi, der die Herausgeber diesen Band gewidmet haben. In ihrem Beitrag *International Social Justice. The Contribution of Social Work Education and Professional Social Work Practise to The Implementation of Social Rights* fragt die Autorin nach evtl. selbst verursachten Barrieren der Sozialen Arbeit als Profession im Engagement für soziale Gerechtigkeit und fokussiert diese in den Bereichen Ausbildung und Praxis. Kritisiert werden sowohl gegenwärtige Curricula und führende theoretische Ansätze und Annahmen im deutschsprachigen Raum (wie z.B. deren Konzentration auf den Nationalstaat) ebenso wie Haltungen der Lehrenden und Träger der Sozialen Arbeit. Mit Bezug auf Hayek und Rawls werden verallgemeinerbare Dimensionen sozialer Gerechtigkeit auf verschiedenen Ebenen entwickelt und in den Kontext der Menschenrechtsdebatte gestellt. Abschließend arbeitet die Autorin deren Implikationen mit mehreren Beispielen aus der Praxis der Sozialen Arbeit heraus.

Im anschließenden Beitrag von Hans Kolstad mit dem Titel *The Human Principle in Participatory Democracy* wird ein eher philosophisch argumentie-

render Zugang zur partizipatorischen Demokratie versucht. In einer Gegenüberstellung von repräsentativer und partizipativer Demokratie werden grundsätzliche Probleme des politischen Systems seit Rousseau thematisiert und auf zwei unterschiedliche Interpretationen von Freiheit bezogen. Der Autor schlägt dann ein Konzept des *human principle in social theory* vor und diskutiert die Implikationen seines Konzepts für partizipatorische Demokratie.

Im Beitrag *Democracy and social development in the Islamic World* von Markus Litz wird ausgehend von Cusanus ein neuer transkultureller Dialog gefordert. Der Autor, der viele Jahre für das Goethe-Institut in arabischen Ländern gearbeitet hat, thematisiert die Rolle des utopischen Denkens in verschiedenen Strängen des Islam im Zusammenhang mit dem sog. Arabischen Frühling. Er zeigt auf, dass es durchaus lange existierende aufklärerische Denktraditionen in islamischen Gesellschaften gab und verweist darauf, dass formal demokratische Strukturen allein (wie man an den Beispielen Afghanistan und Pakistan erkennen kann) noch lange keine Garantie für friedliche Entwicklung darstellen können, solange soziale Entwicklung ausbleibt. Der Beitrag fordert einen neuen prozessorientierten Dialog im Sinne einer *enlightenment of the enlightenment*.

Es folgt der Beitrag *Language and Power in Post-Soviet Kazakhstan: A Social Work Experience* einer amerikanisch-kasachischen Autorengruppe, in der die Erfahrungen der Autoren in der Ausbildung von künftigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Kasachstan geschildert werden. Ausgehend von einem kurzen historischen und kulturellen Abriss der kasachischen Gesellschaft wird die Zweiteilung der Studentenschaft entlang der Dimensionen Ethnie und regionale Herkunft beschrieben. Besonders betont wird dabei die Rolle der dominanten Sprache im Bildungssystem und die erlebte Ausbildungssituation an der Hochschule erscheint als Mikrokosmos der Gesamtgesellschaft. Dort, wo die offizielle Sprache russisch ist, bleiben Studierende mit kasachischer Muttersprache im Nachteil. Mit Bezug auf Freire zeigt die Autorengruppe, wie sich diese Benachteiligung und die damit eingehenden Konflikte im Hochschul-



alltag manifestieren und diskutiert, wie ein kritisches Bewusstsein entstehen könnte.

Der zweite Abschnitt trägt die Überschrift *Social Innovation and Participation in Research and Development*. Walter Lorenz thematisiert in seinem Beitrag *From Object to Subject – paradigm shifts towards user participation in social work research* den aktuellen Paradigmenwandel in der Sozialarbeitsforschung in Richtung Partizipation, wofür einige der dann folgenden Beiträge empirische Beispiele darstellen. Ausgehend von der Schilderung historischer Traditionen der Sozialarbeitsforschung, die oft im naturwissenschaftlichen Paradigma der Wissensproduktion verankert waren, zeigt der Autor die Chancen der gegenwärtigen Entwicklung in Richtung größerer Offenheit und mehr Partizipation auf und fragt nach den möglichen Konsequenzen des Paradigmenwandels für die Professionalisierungsbestrebungen der Sozialen Arbeit.

Der Beitrag von Francesca Ravanelli *Access to cognitive resources without barriers* thematisiert die Bedeutung des Zugangs zu Neuen Medien für Menschen mit Behinderung und stellt die Bedeutung von Medienkompetenz sowohl für lebenslanges Lernen als auch für die heutigen Wege der politischen Partizipation heraus. E-Learning wird heute zur strategischen Ressource, so die Autorin, und deshalb müssen auch Internetangebote barrierefrei gestaltet werden.

Lucjan Miś and Marek Szepski argumentieren in ihrem Beitrag *Internet, social welfare and participatory democracy*, dass Social Welfare in Polen – dem örtlichen Bezugspunkt ihres Beitrags – sich im Sinne McLuhans in einem Übergang zu einem neuen Zeitalter befindet. Geschildert wird der epochale Wandel der Wohlfahrtsprovision in Polen seit 1989, und in diesem Zusammenhang werden die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in sog. Social Welfare Centers thematisiert. Dabei stellen die Autoren Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Qualität der Internetpräsenz von Social Welfare Centers in der Provinz Malopolska vor und diskutieren mögliche Entwicklungspfade.

Der folgende Beitrag von Arno Heimgartner stellt die Frage, inwiefern die Ideen demokratischer Teilhabe im Bereich der Forschung Berücksichtigung finden und fordert Transparenz, die Öffnung des Zugangs zu Forschungsvorhaben sowie die Förderung einer partizipativen Forschungskultur. Heimgartner bezieht sich dabei auf ein interdisziplinäres Forschungsverständnis und diskutiert die Frage, inwieweit gesellschaftliche Interessen und Forschungspraxis in stärkere Übereinstimmung zu bringen sind.

Laura Speichers Beitrag mit dem Titel *Service User Involvement in Social Work Education – Current Discourses* resümiert den Stand der Diskussion zu diesem Thema, mit einem besonderen Fokus auf der Debatte in Großbritannien. Nach einer Auseinandersetzung mit der Terminologie werden die Implikationen des aktuellen Forschungsstandes für künftige Forschungs- und Ausbildungsprojekte diskutiert. Betont wird dabei die Bedeutung von Prozess und Ergebnis in der Sozialen Arbeit und in der Ausbildung sowie die Beteiligung von Klientinnen und Klienten als Experten für ihre Situation in der einschlägigen Forschung.

Sylvia Rainers Beitrag *Social participation of elderly people – a qualitative study with specific focus on the living experiences of people with lifelong intellectual disabilities in later ages* schildert den theoretischen Hintergrund sowie das Forschungsdesign eines laufenden Dissertationsprojektes. Der Beitrag fokussiert vor allem die Entscheidung für ein Vorgehen im Rahmen des qualitativen Paradigmas. Auch ethische Fragen, die sich in der Forschung mit dieser Gruppe besonders deutlich stellen, werden diskutiert. Die Autorin erwartet von ihrer Studie Einsichten in die Lebensrealität älterer Menschen mit lebenslanger geistiger Behinderung als Basis dafür, soziale Ungleichheiten in der Praxis der Sozialen Arbeit zu adressieren und mögliche sozialpolitische Implikationen herauszuarbeiten.

Anja Salzer und Susanne Elsen diskutieren in ihrem Beitrag *Transdisziplinäre Forschung für Nachhaltigkeit – das Beispiel Biodiversitätsmanagement in den Javakheti - Highlands, Georgien* die Bedeutung partizipativer Formen transformativer Forschung für Nachhaltigkeit mit einem besonderen Fokus auf das konkrete Vorgehen vor Ort. Am Beispiel des Biodiversitätsmanage-

ments wird die Arbeit mit der lokalen Bevölkerung dargestellt und es werden die zahlreichen und vielschichtigen Herausforderungen dieser Form der Forschung erläutert.

Der dritte Abschnitt behandelt den Themenkomplex *Social Innovation and Solidarity Economy*. Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld diskutieren in ihrem Beitrag *All inclusive – aber wie? Vorsorgendes Wirtschaften und neue Gesellschaftsverträge* einige möglichen Fallstricke, die vorsorgende, demokratische Experimente mit sich bringen können. Ihr Ausgangspunkt ist das Vorsorgende Wirtschaften, ein bekannter Ansatz der feministischen Ökonomie, der seit Jahrzehnten mit den Namen der Autorinnen verbunden ist. Darin geht es darum, „bisher aus dem Ökonomischen ausgegrenzten Prozesse zum Kern des Ökonomischen zu machen“. Zentral sind das Handlungsprinzip Kooperation und die Orientierung an für ein gutes Leben Notwendigen (hier beziehen sich die Autorinnen auf die einflussreichen Überlegungen von Martha Nussbaum), ebenso wie der Zusammenhang von Gesellschaftsvertrag und Geschlechtervertrag, denn „für eine nachhaltig lebende und wirtschaftende Gesellschaft sind neue, nicht-hierarchische, nicht-abwertende, nicht-abspaltende Bezogenheiten nötig“. Ein neuer Gesellschaftsvertrag sei nötig, der nur in sozialen Experimenten und Kämpfen entstehen könne. Aber auch diese hätten ihre Tücken, wie die Autorinnen an zwei Beispielen aufzuzeigen versuchen – zum einen wird das potentiell Autoritäre und Totalitäre eines Urban Gardening-Projekts, um das „niemand (...) herum käme“ herausgearbeitet, zum anderen das Prinzip workfare statt welfare in der Agenda 2010 kritisiert, da es repressive Momente von Inklusion enthalte und der Sinn von Suffizienz-Appellen in einem wachstumsfixierten Kontext in Frage gestellt. Zum Abschluss werden mit Bezug auf Nancy Fraser einige Anhaltspunkte zur Diskussion gestellt, wie vorsorgendes Wirtschaften entwickelt werden kann, ohne in die aufgezeigten Fallen zu tappen.

Susanne Elsens Beitrag *Soziale Innovation, ökosoziale Ökonomien und Community Development* stellt die Frage, wie soziale Innovationen (im Sinne neuer sozialer Praktiken) für die Postwachstumsgesellschaft entstehen

können. Mit Bezug auf Becks Theorie der Reflexiven Modernisierung, die als *Roadmap* bezeichnet wird und Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns identifiziert der Beitrag die Lebenswelt als zentralen Ort sozialer Innovation, wo es gilt, Gemeinwesen neu hervorzubringen. Zu stärken sei insbesondere die lokal-regionale Ebene, die allerdings in einer Welt der Entgrenzung neu zu denken wäre, inklusive globaler Bezüge. Der Beitrag entwickelt Überlegungen zur Gestaltung der Arbeitswelt im Sinne einer multiaktiven Tätigkeitsgesellschaft und zeigt an zahlreichen interessanten Beispielen aus den Bereichen Wohnen, Gemeingüterbewirtschaftung, Gesundheit, Landwirtschaft, Energie u.a.m. auf, welche Rolle Genossenschaften für soziale Innovation schon seit langer Zeit und heute erst recht spielen können. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zur Erschließung und Entfaltung von Ansätzen neuer Subsistenz und zur Bedeutung von partizipativer Aktionsforschung für Community Development.

Claudia Lintners Beitrag mit dem Titel *Migrantenökonomien als besondere Form der Embedded Economy* steht im Zusammenhang eines laufenden PhD-Vorhabens. Er geht aus von Polanyis Konzept des Embeddedness, also der Einbettung von wirtschaftlichen Tätigkeiten in das soziokulturelle Umfeld. Mit Bezug auf Arendt und Granovetter wird ein erweiterter Arbeitsbegriff diskutiert, um anschliessend Migrantenökonomien als besondere Form der Embedded Economy herauszuarbeiten. Die Autorin zeigt deren Einbettung in die Lebenswelt wie in das System von Markt, Staat und Zivilgesellschaft und postuliert Migrantenökonomien als hybride Gebilde, die an der Grenze zwischen System und Lebenswelt anzusiedeln seien. Damit könnten „Migrantenökonomien (...) als Mit- und Neugestalter von (Selbst-)Organisationsformen gesehen werden, die durch neue Strategien und kooperative Handlungslogiken die Richtung des sozialen Wandels und der territorialen Entwicklung von unten mitverändern können“. Vor diesem Hintergrund schließt der Beitrag mit methodologischen Überlegungen zu einer qualitativen Studie über Unternehmer mit Migrationshintergrund.

Unter dem Titel *Solidarökonomie – Ein wirtschaftsdemokratischer Gegenentwurf* stellt sich Matthias Farfeleder der Aufgabe, den schillernden und nirgends

eindeutig definierten Begriff der solidarischen Ökonomie zu kontextualisieren und zu systematisieren. Der Autor stellt den Begriff im historischen Zusammenhang einer kapitalismuskritischen Denktradition vor und skizziert zunächst seine Geschichte und die Motive des Aufschwungs im 21. Jahrhundert. Anschließend diskutiert er sieben zentrale Forderungen der Solidarökonomie: Solidarität, Nachhaltigkeit, Freiwilligkeit, Demokratie/Selbstorganisation, Gerechte Verteilung von Überschüssen, Unteilbarkeit des Eigenkapitals und Beteiligung sowie Unabhängigkeit vom Staat. Mit diesem dankenswerten Versuch der Systematisierung gelingt es dem Autor, das Konzept greifbarer und verständlicher zu machen, um den Diskurs um solidarische Ökonomie weiterzuführen.

Oscar Kiessweters überaus informativer Beitrag mit dem Titel *Fare rete – Das italienische Genossenschaftswesen und die Aktualität seiner sozialen Funktion* beginnt mit einem Überblick über die historische Entstehung der italienischen Genossenschaften als wechselseitige Hilfsorganisationen. Erläutert wird das typische mediterrane Genossenschaftsmodell: Unzureichende Leistungen der öffentlichen Hand werden durch Genossenschaften mit echter Subsidiarität aufgefangen. Der Autor geht ferner auf die gegenwärtige Rolle der Genossenschaften bei der Bekämpfung mafiöser Strukturen ein und als Instrument zur Rettung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen. Gezeigt wird auch, wie das charakteristische Netzwerkdenken mit den sog. Mutualitätsfonds für Finanzierungsanliegen nutzbar gemacht wird. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zur künftigen Entwicklung des italienischen Genossenschaftswesens für vielfältige soziale Funktionen.

Wir wünschen diesem Band eine innovationsfreudige Leserschaft insbesondere in der wachsenden Gruppe der Menschen, die in der sozialen Praxis, der Wissenschaft und Wirtschaft auf der Suche nach Ansätzen zur Gewährleistung eines guten Lebens für alle sind.

Unser besonderer Dank gilt Laura Speicher für ihre tatkräftige Unterstützung zur Realisierung dieses Bandes und Prof. Dr. Maria Rerrich für ihre wissenschaftliche Begleitung.



Political Democracy is necessary  
but not sufficient

